

Calmer Tagblatt

Nr. 260

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

94. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6 mal wöchentl. Anzeigepreis: Die kleinste halbe Seite 25 Pfg. Resten 50 Pfg. — Schluss der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. — Fernsprecher 9.

Freitag, den 7. November 1919.

Bezugpreis: In der Stadt mit Zehrlohn Mk. 3.30 vierteljährlich, Postbezugpreis im Ort u. Nachbarnordbezirk Mk. 3.60, Fernbezug Mk. 3.80. Bestellg. u. Zusatzen 90 Pfg.

Der U-Boothkrieg im parlamentarischen Untersuchungsausschuss.

Berlin, 6. Nov. Zu Beginn der heutigen Sitzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses erklärte Graf Bernstorff auf Befragen des Sachverständigen Gefandten von Romberg, daß die amerikanische Regierung den Inhalt der von Bernstorff nach Berlin gesandten Depeschen kannte, der allerdings der Entente verheimlicht wurde. Ob das wirklich der Fall war, lasse sich natürlich nicht beschwören. Die beabsichtigte Heimfahrt des Geh. Rats Albert mit dem U-Boot „Deutschland“ scheiterte daran, daß die Gesellschaft sich keinen Unannehmlichkeiten mit der amerikanischen Regierung aussetzen wollte.

In seinen Darlegungen über den U-Boothkrieg wies Admiral Koch darauf hin, daß durch das U-Boot zum erstenmal die Möglichkeit gegeben war, ohne Besitz der Seeherrschaft die Art an die englische Seeherrschaft zu legen. Im Herbst 1916 war es immer klarer geworden, daß die physischen und wirtschaftlichen Hilfsmittel, vor allem auch die der Bundesgenossen Deutschlands, binnen absehbarer Zeit zur Neige gehen würden im Erschöpfungskrieg und in der Hungerblockade. Es blieb also nur die Wahl zwischen zwei Uebeln, von denen das eine der sichere Untergang war. Admiral Holtendorff war der Ansicht, daß der Krieg auf dem Lande nicht mehr gewonnen werden könne und außerdem verlangte die Oberste Heeresleitung die Unterstützung der Marine.

Auf die Frage des Vorsitzenden Warmuth, ob auch die Oberste Heeresleitung darüber orientiert war, daß die Wilsonsche Friedenspolitik von Deutschland angetrieben wurde, und ob sie dauernd auf dem laufenden gehalten wurde, verwies der frühere Reichsfinanzminister v. Bethmann Hollweg auf das Telegramm des Kaisers vom 1. 10 16: „Graf Bernstorff ist auf persönlichen Befehl Sr. Majestät des Kaisers angewiesen, den Präsidenten Wilson zum Erlass eines Friedensappells zu veranlassen.“

Aus den Akten wird festgestellt, daß nicht nur Generalfeldmarschall von Hindenburg, sondern auch Ludendorff unterrichtet waren. Ein Telegramm Ludendorffs vom 25. Dezember 1916 besagt, daß trotz aller Friedensschmalereien der Krieg mit allen Mitteln fortgeführt werde. v. Bethmann Hollweg erklärt dazu ergänzend, daß die Stepsis der Obersten Heeresleitung in die Politik Wilsons ungeheuer war und so sich das Ludendorffsche Telegramm erklärt.

Nach der Vereidigung des Staatssekretärs a. D. Helfferich wird von Admiral v. Capelle darauf verwiesen, daß eine genaue Angabe über die Zahl der zur Verfügung stehenden U-Boote für alle diejenigen, die nicht mitten drin standen, außerordentlich schwierig war, da wir verschiedene Typen hatten, solche, die für den Torpedokrieg ausgerüstet und solche, die für den Minenkrieg bestimmt waren.

Abg. Dr. Sinzheimer stellt fest, daß nach den Akten Eggelen v. Bethmann Hollweg monatelang kämpfen mußte, um zweifelsfreie Auskunft über die U-Bootstärke zu bekommen. Admiral v. Holtendorff stand auf dem Standpunkt, dazu sei er nicht verpflichtet.

Ueber die Wirkung des U-Boothkrieges führte Admiral Koch noch aus: Admiral Holtendorff war zu der Ueberzeugung gelangt, daß der U-Boothkrieg England in 5 Monaten niederzwingen würde. Wir hofften auch auf die physischen und moralischen Kräfte des U-Boothkrieges. Die U-Boote haben uns nicht im Stich gelassen. Sie haben mehr versenkt, als wir berechnet hatten, und auch wirkungslos war der U-Boothkrieg nicht, da nach dreimonatiger Dauer Admiral Sims zu Jellicoe sagte, Deutschland würde den Krieg gewinnen. Die englischen Schiffsverluste waren viermal so groß, als die englische Presse sie meldete. Anschließend bemerkt Admiral Koch, daß seitens des Admiralsstabes die militärische Bedeutung eines Krieges mit Amerika niemals unterschätzt worden ist.

Dr. Coyn verweist auf die englischen Angaben, wonach die Riffer der transportierten amerikanischen Mannschaften 1 800 000 Mann gewesen sei.

Admiral v. Capelle: Von Seiten der Seekriegsleitung wurde immer die Ansicht vertreten, daß der rücksichtslose U-Boothkrieg innerhalb 5 oder 6 Monaten eine Beendigung des Krieges herbeiführen werde. Dieser Gedanke zieht sich wie ein roter Faden durch alle Denkschriften, Aufzeichnungen und auch durch die Verhandlungen im Hauptauschuss.

Darauf wird die Fortsetzung der Bernehmung auf Freitag 10 1/2 Uhr vormittags vertagt.

Zur äußeren Lage. Arbeitskonferenz.

Washington, 5. Nov. Der internationalen Arbeiterkonferenz wurde ein Begehren über die Umachung einer internationalen Konvention betreffend die Einführung der 46-Stunden-Woche für alle Länder, welche 1921 den Friedensvertrag ratifiziert haben, unterbreitet. Gewissen Staaten sollen Abweichungen gestattet werden. Man schlägt die 46-Stunden-Woche für alle Industrien, die ununterbrochene Schichten haben, vor. Für Japan, China und Indien werden Ausnahmen gemacht in Anbetracht der speziellen Verhältnisse und der unvollständigen Entwicklung in diesen Ländern. Den entsprechenden Regierungen werde es außerdem freigestellt, für die Dauer von Kriegen oder ähnlichen außerordentlichen Zuständen diese Vereinbarung aufzuheben.

Entwürdigende englische Bedingungen für die deutschen Teilnehmer an der Washingtoner Konferenz.

Berlin, 7. Nov. Nach einer Meldung des Presse-Bureaus Radio aus Horsa wurde den deutschen Delegierten für die internationale Arbeitskonferenz in Washington die Pässe von der britischen Regierung nur unter der Bedingung ausgestellt, daß sie keine Interviews mit Vertretern der Presse annehmen und an keinen Versammlungen teilnehmen, die einen nicht privaten Charakter tragen. — Man sieht daraus die Angst der Engländer vor der Wahrheit. Die Wahrheit aber wird an den Tag kommen.

Neue polnische Ansprüche.

Berlin, 5. Nov. Nach einer Meldung des „Diemil Berlinski“ Nr. 251 vom 1. November empfing das Staatsoberhaupt Pilsudski eine Deputation von Bauern und Gutsherrn aus den Kreisen Pladow, Winbaum und Fraustadt, die ihn darum baten, sich des Schicksals der von Polen losgetrennten 80 rein polnischen Dörfer in den Grenzstreifen annehmen zu wollen. Das Staatsoberhaupt verweigerte, die Abordnung zu trösten und erklärte, daß die Grenzregulierung sicherlich alles mögliche tun werde, die Wünsche der Bevölkerung zu befriedigen. (Nun. des BVB: Es ist an dieser Note interessant, daß die polnischen Kreise damit rechnen, daß die Grenzkommission Verichtigung der Grenzen nach ethnographischen Gesichtspunkten wird vornehmen können). — Dann werden aber auch wir unsere Ansprüche bezüglich der deutschsprachigen Bevölkerung stellen.

Vom obersten Pa.

Paris, 6. Nov. (Savas.) Der Oberste Rat hat beschlossen, daß die zwischen der österreichischen Delegation und der Entente vor der Unterzeichnung des Vertrages von Saint Germain gewechselte Korrespondenz veröffentlicht werden könne. — Er entschied ferner, daß die gegenüber Deutschland in Anwendung kommenden Zwangsmaßnahmen wegen Nichtausführung der Bestimmungen bezüglich der Räumung der baltischen Provinzen keine rückwirkende Kraft haben sollen. — Der Rat beschäftigte sich sodann mit den Liquidationen der beschlagnahmten schleswigschen Güter. — Der Rat entschied schließlich, daß die Befolgung des Personalvertrages der interalliierten Kommissionen zu Lasten der Berliner Regierung zu gehen hätten. — Die nächste Sitzung findet morgen statt.

Petersburg in den Händen der Bolschewisten.

Seltingers, 6. Nov. Nachrichten aus Petersburg zufolge, erfolglos trotz eines Tagesbefehls, in dem erklärt wird, daß die Feinde aus der Umgebung der Hauptstadt vertrieben wurden. Die rote Hauptstadt Petersburg sei außer Gefahr.

Das englische Unterhaus über die russische Frage.

Amsterdam, 6. Nov. Einer Reutersmeldung zufolge fand im Unterhause eine lange Diskussion über die Lage in Rußland statt. Der kürzlich aus Sibirien zurückgekehrte Oberst Ward verteidigte die Interpellation in Rußland und forderte die Anerkennung Kollschals. Der vor kurzem aus Sobjetrußland zurückgekehrte Oberst Malone forderte die Befestigung der Blockade und trat für eine Friedenskonferenz der einander bekämpfenden Parteien in Rußland ein. Das Mitglied der Arbeiterpartei Graham sagte, seine Partei denke nicht an die Einführung des Sowjetismus in Großbritannien, da sie mittels der gesetzlichen Waffe einen immer größer werdenden Erfolg davontrage. Churchill erklärte, gegen die Politik der Regierung seien keine ernstlichen Einwände gemacht worden. Das Maß des Einflusses, den Großbritannien auf das zukünftige Schicksal Rußlands ausüben werde, hänge von der Größe der moralischen und materiellen Unterstützung ab, die Rußland von Großbritannien erhalte. Er sprach den Bolschewisten das Recht ab, Rußland zu

vertreten, und sagte, seine Sorge sei, daß Rußland, wenn es sich wieder erhebe, ein Feind der Alliierten werde. Der Antrag auf Herabsetzung der Kostenanschläge für die Seeresverwaltung in Bezug auf die Ausgaben für Rußland wurde mit 251 gegen 52 Stimmen verworfen.

Revolution in Aegypten.

Berlin, 7. Nov. Laut „D. Z. M.“ aus Genf meldet „L'Informant“, daß nach einem Bericht des ägyptischen Nationalkomitees in Aegypten die Revolution ausgebrochen ist und alle Teile Aegyptens im Kampfe gegen die Engländer ständen. Es sei eine vorläufige nationale ägyptische Regierung gebildet worden. — Jetzt ist es zu spät. Wenn die Aegyptier solange Deutschland noch im Kampfe gegen England stand, um ihre Unabhängigkeit gekämpft hätten, und ebenso die Indier, dann wäre die Aussicht auf Erfolg größer gewesen.

Englands wirtschaftliche Götterdämmerung.

m. Ein Grau in Grau gehaltenes Bild der wirtschaftlichen Lebensbedingungen Englands entrollt der französische Nationalökonom Saint-Aubin in der „Revue Mondiale“. Er spricht geradezu von dem Niedergang Großbritanniens, dessen wirtschaftliche Weltmachtstellung in der Hauptsache von dem Reichtum seiner Kohlenruben und der Möglichkeit, den Weltmarkt zu versorgen, bedingt war. Durch die zahlreichen Streiks, die Herabsetzung der Arbeitszeit und die Lohnsteigerungen in die Zwangslage versetzt, den Kohlenpreis übermäßig zu erhöhen, sieht sich, nach Saint-Aubin, England nunmehr der Gefahr eines industriellen Zusammenbruchs gegenüber. Wenn es nicht mehr Kohle ausführen kann, ist auch die Einfuhr von Baumwolle und anderen Rohstoffen unterbunden, was eine allgemeine Lähmung des britischen Handels zur Folge haben muß. Aber damit nicht genug. Angekündet der sich stetig fortsetzenden Lohnforderungen und dem Verlangen nach Verstaatlichung seiner Kohlenbergwerke leucht Großbritannien weiterhin Gefahr, die für den heimischen Bedarf erforderlichen Kohlen nicht mehr ausbringen zu können. Während das Streikfeber, das die ganze Welt besessen hat, in England besonders heftige Ausdrucksformen annimmt, wachsen aber gleichzeitig die Wirtschaftskräfte Japans wie die der Vereinigten Staaten von Amerika ins Riesenhafte. Dank den überreichen Kohlenflößen und den Arbeitsbedingungen, die jeden Wettbewerb ausschalten, wird Japan zu unerhört billigen Preisen produzieren und verkaufen können. Das beweist am besten die Tatsache, daß bei einer täglichen Arbeitsleistung von 10 Stunden der Durchschnittslohn eines ungelerten japanischen Arbeiters rund 2 M für den Mann und 1 M für die Frau pro Tag beträgt. Die japanische Ausfuhr, die im Jahre 1914 einen Wert von 64 Millionen Yds. Sterling ausmachte, war im Jahre 1918 schon zur Höhe von 125 Millionen angewachsen. Und nicht weniger beunruhigend zeigt sich die Lage hinsichtlich des amerikanischen Wettbewerbs. Nach dieser Richtung braucht man nur daran zu erinnern, daß während die englische Tonnage in diesen Jahren bis auf 16 300 000 T. gefallen ist, die der Vereinigten Staaten auf mehr als 10 Millionen T. gestiegen ist und noch täglich weiter steigt. Der Niedergang Englands zeigt sich fast noch drastischer in der überhöhen Ziffer der britischen Verschuldung Amerika gegenüber, die die Summe von 20 Milliarden Dollars erreicht hat. Nach den englischen Statistikern würden 80 Jahre dazu gehören, um diese Schuld abzutragen, unter der Voraussetzung, daß jeder erwachsene Engländer während dieses Zeitraums 5 Dollars wöchentlich bezahlt. Ueberdies beginnt England unter dem Wechselkurs so stark zu leiden, daß alles, was es in den Vereinigten Staaten kauft, eine Preiserhöhung von rund 15 Prozent bedingt. Und da man mit einer weiteren Steigerung des Dollars auf 4 Dollar pro Yds. Sterl. rechnet, so müßte England allein durch diesen Umstand einen Schaden von Hunderten von Millionen pro Jahr erleiden. Wird es doch allein für Nahrungsmittel einen amerikanischen Import in Höhe von 75 Millionen Yds. benötigen. Und als wenn es damit noch nicht genug wäre, erstickt es außerdem unter der Last des Parietats, was daraus hervorgeht, daß das Verhältnis der Golddeckung zu den Banknoten von 57.82 auf 8.3 Prozent gesunken ist. Als weitere schwarze Punkte erwähnt der französische Artikelschreiber das revolutionäre, um nicht anarchoistische Gepräge zu sagen, das die Streikbewegung in England zeigt, die beängstigende Zunahme der Zahl der Verbrochen und endlich die gespannte internationale politische Lage mit der irländischen Frage, die von ihrer Lösung noch weit entfernt ist, mit der ägyptischen Frage, die sich immer mehr zuspitzt, und schließlich mit dem indischen Problem, das ein bedrohliches Aussehen anzunehmen beginnt.

Deutschland.

Die Menschenverluste Deutschlands auf Grund des Friedensvertrags.

Ueber den Menschenverlust, den die uns durch den Friedensvertrag auferlegten Gebietsabtretungen für das Deutsche Reich mit sich bringen werden, sind unrichtige, meist viel zu optimistische Mitteilungen verbreitet worden. Wir entnehmen den Mitteilungen des Vereins für das Deutschtum im Ausland, daß wir in Europa sechs Millionen Einwohner (von 66 Millionen überhaupt) unbedingt verlieren, während über das Schicksal weiterer 3 Millionen die Abstimmungen entscheiden werden. Dazu kommt der Verlust der Gesamtbevölkerung unserer Kolonien. Von den 6 Millionen, deren Abtrennung vom Reichskörper nicht mehr in Frage steht, sind 3,8 Millionen deutscher Muttersprache und nur 2,2 Millionen Fremdsprachige, von den 3 Millionen Bewohnern der Abstimmungsgebiete 1,2 Millionen deutsch und 1,8 Millionen fremdsprachig. Als diese Zahlen fügen sich auf die Volkszählung von 1910. Sie beweisen, daß zwischen 3,8 Millionen und 5 Millionen Inlandsdeutscher künftig, je nach dem Ergebnis der Abstimmungen, zu Auslandsdeutschen gestempelt werden sollen, oder vielmehr, wenn es nach dem Willen unserer Feinde geht, zu Ausländern schlechweg. Noch größer ist aber die Zahl der österreichisch-ungarischen Deutschen, die unter Fremdherrschaft gezwungen werden oder verbleiben sollen.

Optimismus des Reichskanzlers.

Berlin, 7. Nov. In London führte der Reichskanzler auf einem Essen, das ihm zu Ehren veranstaltet wurde, der „D. N. Z.“ zufolge u. a. aus: Diejenigen Bevölkerungskreise, die in national-streitigen Grenzbezirken wohnen, haben eine schwierige, aber auch äußerst ehrenvolle Aufgabe zu erfüllen. Sie sind die Vorkämpfer des Deutschtums. Wir haben einen überaus harten Friedensvertrag unterschreiben müssen; doch ich lebe der Hoffnung, daß es uns gelingen wird, eine wesentliche Änderung herbeizuführen. Je mehr die Atmosphäre des Krieges weicht, und wir wieder friedlichen Verhältnissen uns nähern, umso größer wird auch die Aussicht, daß dann die Grundzüge der Gerechtigkeit wieder Anerkennung finden werden, die bisher im Friedensvertrag mit Füßen getreten worden sind. Die Arbeitsamkeit des deutschen Volkes wird uns wieder emporklimmen. Wenn wir wie ein Mann zusammenstehen werden, dann werden wir der Welt zeigen, daß Deutschland unbeflegbar ist und wirtschaftlich nicht gehemmt werden kann.

Die deutschen Vorbereitungen zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete.

Berlin, 6. Nov. Der Reichsminister für Wiederaufbau, Dr. Gieseler, hatte am 5. Nov. die Mitglieder der für die Vorbereitung der Wiederaufbauarbeiten in Nordfrankreich eingesetzten Kommission, sowie Vertreter der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands und der Reichsarbeitsgemeinschaft für das Baugewerbe zu einer Besprechung in das Ministerium für Wiederaufbau eingeladen. Der Zeitpunkt der Inangriffnahme und der Art der Durchführung hängt in erster Linie nicht von uns, sondern von den Franzosen ab. Jedoch wurde seitens des Ministers der Wunsch zum Ausdruck gebracht, die Zentralarbeitsgemeinschaften möchten im Einvernehmen mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen besondere Kommissionen einsetzen mit der Aufgabe, praktische Vorschläge über die Regelung des Arbeiterrechts, der Wohlfahrtsrichtungen u. der Arbeitsvergebung vorzubereiten.

Vom Berliner Metzlerstreik.

Berlin, 6. Nov. Die Fünfkammerkommission, das Metallartell, der Bezirksverband der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Brandenburg und der Volksrat der Arbeitervereine Groß-Berlins, der sogenannte Metzler-Volksrat, erlassen einen Aufruf, in dem es heißt: Wegen der von den Rechtssozialisten und den Gewerkschaften herausgegebenen Gegenparole mühten die für das Gelingen des Generalkreises schon getroffenen Vorbereitungen rückgängig gemacht werden. Der Kampf der Metallarbeiter geht unverändert weiter.

Maßnahmen gegen die Generalkreislager.

Berlin, 6. Nov. Da die Abfalken vom 6.-11. November beschäftigten, die Waffendepots der Berliner Einwohnerwehr auszuheben, werden diese darauf hingewiesen, sich während dieser Zeit bereit zu halten.

Berlin, 6. Nov. Der Oberbefehlshaber ist gegen die Stellen, die versucht haben, die Arbeiterchaft unter wahrheitswidrigen Angaben zum politischen Generalkreis aufzurufen, mit Strafe vorgegangen, wie es die außerordentlich gefährliche Lage der Lebensmittelversorgung erfordert. Unter anderem ist das Parteibüro der Berliner Unabhängigen militärisch besetzt worden. Bei der vom Oberbefehlshaber angeordneten Untersuchung wurde sehr viel belastendes Material vorgefunden, das über den Umfang der Verheerungstätigkeit der U.S.P.D.-Parteileitung bei der Streikhege und ihre Verbindung mit den Kommunisten informiert. Ferner ist die Versammlung der Straßenbahner, in der entgegen dem wieder in Kraft getretenen Erlaß des Oberbefehlshabers, der die Aufforderung zum Streik in lebenswichtigen Betrieben verbietet und unter Strafe stellt, zur Arbeitsniederlegung aufgefordert wurde, militärisch aufgelöst worden. Außerdem ist der Volksrat der Arbeiter Groß-Berlins, der bekanntlich nur aus Unabhängigen und Kommunisten besteht und seine durch die bestehende Verfassung nicht begründete Stellung dazu benutzte hat, um Unruhe und Zwiespalt in die Reihen der besonnenen Arbeiterschaft zu tragen, und der auch den

zum politischen Generalkreis auffordernden Aufruf in der gestrigen Morgenausgabe der „Freiheit“ unterzeichnet hatte, aufgelöst worden. Weitere Maßnahmen gegen Personen, die treibende Kräfte der Streikhege sind, stehen unmittelbar bevor.

Auflösung des Volksrats der Arbeiterräte Groß-Berlins.

Berlin, 6. Nov. Der Oberbefehlshaber in den Marken, Roske, erläßt folgende Bekanntmachung: Der Volksrat der Arbeiterräte Groß-Berlins hat fortgesetzt seine durch die bestehende Verfassung des Deutschen Reiches nicht begründete Stellung dazu benützt, um Unruhe und Zwiespalt in die Reihen der besonnenen Arbeiterschaft zu tragen. Er hat durch den Aufruf an die Berliner Arbeiterschaft in der Morgenausgabe der „Freiheit“ vom 5. 11. 1919 unter wahrheitswidriger Begründung zum politischen Generalkreis gehegt und aufgefördert. Durch dieses Schreiben bildet der Volksrat eine unmittelbar drohende Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Aufgrund des § 9 des Gesetzes über den Belagerungszustand wird daher im Interesse der dringlichen Sicherheit hiemit der Volksrat der Arbeiterräte Groß-Berlins für aufgelöst erklärt. Jegliche weitere Tätigkeit, welcher Art und welchen Inhalts sie auch sei, wird hiemit verboten. Zuwiderhandlungen gegen dieses Verbot werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft, sofern nach den bestehenden Gesetzen nicht eine höhere Strafe verurteilt ist.

Revolutionsfeier in München.

München, 5. Nov. Die Betriebsräte Münchens beschloßen, die Revolutionsfeier am Samstag durch Arbeiterruhe zu begehen. Sie setzten sich mit der Sozialdemokratischen Partei in Verbindung, damit die Münchener Feiern alle am 8. November abgehalten werden. Die Parteileitung der U. S. P. D. ist dem Wunsch der Betriebsräte entgegengekommen.

Die Frage der Akkordarbeit auf den deutschen Werften.

Kiel, 6. Nov. Heute fand auf den Kieler Werften die Abstimmung unter der Arbeiterschaft bezüglich der Wiedereinführung der Akkordarbeit auf den Werften statt. Insgesamt wurden abgegeben 14 633 Stimmen; davon 6923 dafür und 7746 gegen die Akkordarbeit. Die endgültige Entscheidung fällt in der Abstimmung aller deutschen Seewerften voraussichtlich am kommenden Samstag.

Bereiteter Goldschmuggel.

Berlin, 6. Nov. Aus Heidelberg wird dem „Berl. Lokalanzeiger“ berichtet: Von einem hier einsehenden Güterzug mußte ein heißgelaufener Wagen abgehängt werden. Beim Entladen des Wagens fiel ein Kiste wegen ihrer Schwere auf. Wie sich bei ihrer Öffnung ergab, war sie mit einer Million Mark gefüllt, die in das besetzte Gebiet geschmuggelt werden sollte. Untersuchung ist eingeleitet.

Bermischtes.

Ein verzweifelter Notschrei aus Wien.

Wien, 6. Nov. Unter Hinweis auf die katastrophale Lebensmittel- und Kohlennot in Wien richtet das „Neue Wiener Tagblatt“ einen Aufruf an alle deutsche Stammesbrüder, in dem es heißt: Wohl sind Helfer da, welche mit dankenswerten Bemühungen daran gehen, Mittel der Hilfe zu suchen. Aber sollte neben dieser Bemühung, die allein uns nicht zu retten vermag, nicht auch die Stimme des Blutes vor allem die deutschen Stammesgenossen dazu führen, dem Hilferufe Wiens ihre Ohren nicht zu verschließen. Die zweitgrößte Stadt deutscher Nationalität ringt um den nackten Bestand im wahrensten Sinne des Wortes, schreit um Hilfe wie ein Ertrinkender, der im Augenblick der höchsten Not das Echo eines guten Hergens erwartet. Der Notschrei Wiens soll über unsere Grenzen dringen und soll in der deutschen Presse aller Staaten Aufnahme finden und alle die, die unsere Sprache sprechen, daran erinnern, daß es ein nationales Rettungswerk zu erfüllen gibt.

Die Kosten Englands für die Kämpfe in Rußland.

Amsterdam 6. Nov. Einem von der britischen Regierung veröffentlichten Weißbuch zufolge betragen die Kosten für die britische Unterstützung der Operationen zu Wasser und zu Lande in Rußland seit dem Waffenstillstand 79 830 000 Pfund Sterling. Im Unterhaus erklärte Aukland Geddes, der Wert der Einfuhr aus Deutschland und Oesterreich nach England im Monat September betrage 99 162 Pfund Sterling und vom 1. bis 25. Oktober 196 744 Pfund Sterling.

Er fand seinen Meister.

ml. „Jawohl, Mitbürger und Brüder!“ schrie der bolschewistische Schneider und suchte mit seinen langen Armen in der Luft, „Jawohl, ich gestehe es offen, ich bin Terrorist und Ultrarevolutionär! Nieder mit der Ordnung, nieder mit den Gesetzen! Es lebe die Freiheit! Wir werden die verdammte Gesellschaft in die Luft sprengen! Niemand soll mehr Herr oder Sklave sein! Es gibt keinen, dem ich gehorchen muß! Es gibt keinen, der ...“

„Jonas!“ schrie eine schrille Stimme vom Fenster im vierten Stock. „Wenn Du nicht sofort mit den Heringen rauskommst, nach denen ich Dich geschickt habe, haue ich Dir die Bratpfanne um die Ohren, Du elendes Großmaul!“ Der Schneider schlich fort.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 7. November 1919

Vom Rathaus.

* Unter dem Vorsitz von Stadtschultheiß Göhner fand gestern nachmittag eine öffentliche Sitzung statt. Der

Vorsitzende begründete den Antrag der Stadtpflege auf eine neue Erhöhung des Gaspreises. Der württ. Kohlenverein teilt mit, daß die Kohlenpreise heute zwischen 1050 und 1128 Mark für 10 Tonnen frei Mannheim betragen, ab Karlsruhe noch 40 bis 100 Mark mehr. Der Preis würde für Calw etwa 1124 Mark betragen. Im August 1917 kosteten 10 Tonnen 280 Mk., Oktober 1918 344 Mk., Januar 1919 600 Mk., Mai 810 Mk., August 922 Mk., und Oktober 1124 Mk. Das bedeutet also seit 1917 eine Erhöhung von 400 Proz. In diesem Jahr habe man schon drei mal den Gaspreis erhöhen müssen. Der Mehraufwand für die erhöhten Kohlenpreise betrage bei einem jährlichen Verbrauch von 1200 Tonnen 24 000 Mk., dazu komme eine Frachterhöhung in Höhe von 3000 Mk., eine Erhöhung der Löhne in Höhe von 3000 Mk., so daß ein jährlicher Gesamtmehraufwand von 30 000 Mk. entsteht. Mehreinnahmen kommen für Teer 4 800 Mk. in Betracht, da künftig für 100 Mgr. 20 Mk. bezahlt werden. Es würde also ein ungedeckter Mehraufwand von 25 400 Mk. entstehen. Auf die Kokspreise wollte man den Mehraufwand nicht draufschlagen, da der Koks größtenteils von der Stadt selbst verbraucht werde, und der Rest hauptsächlich an Minderbemittelte abgegeben werde. Es werde deshalb eine Erhöhung des Gaspreises um 10 Pfennig pro Kubikmeter ab 1. Dezember vorgeschlagen. Bei einem Jahresumsatz von 270 000 Kubikmetern würden also 27 000 Mk. mehr eingenommen werden. In Calw wird demnach der Gaspreis für Leucht- und Kuggas vom 1. Dezember ab 55 Pfennig betragen, für Kraftgas 54 Pfennig, in Sinsheim 61 Pfennig. Der Vorsitzende bemerkte, dieser Gaspreis bewege sich im Vergleich mit anderen Städten noch in mäßigen Grenzen. G.-R. Maier hielt die Erhöhung für zu stark und meinte, 3 Pfennig sollte genügen, besonders da doch sehr viel eigenes Stumpenholz für die Vergasung benützt werde. Der Vorsitzende bemerkte, daß man Holz nur in beschränktem Umfang zur Vergasung benützen könne, weil es sonst nicht mehr brenne. Auch sei das Stumpenholz nicht billig, der Festmeter komme auf 25 Mk. Dabei seien nur die größten Mehraufwendungen bei Berechnung des neuen Gaspreises berücksichtigt. G.-R. Scholl wies darauf hin, daß durch die dauernden Preissteigerungen eben immer wieder auch die Arbeiter zu neuen Ansprüchen gezwungen seien. G.-R. Staudenmeyer fand ebenfalls die Erhöhung hoch, man könne aber im Hinblick auf die anderen Preisverhältnisse und auf weitere noch zu erwartende Steigerungen die Erhöhung nicht ablehnen. G.-R. Maier erklärte, daß er anfänglich eine Erhöhung von 8 Pfennig als höchstzulässig betrachtet habe, aber die geschilberten Verhältnisse seien derart, daß man nicht gegen die Erhöhung zu stimmen vermöge. Die Erhöhung werde sodann genehmigt. Allgemein sprachen sich die Mitglieder der Kollegien gegen die Erhöhung der Kokspreise aus. — Infolge der allgemeinen Preiserhöhung (namentlich auch der Löhne) sollen die Preise für städtischen Schotter auf 15,50 Mk. erhöht werden. Auf Anfrage von G.-R. Sannwald, ob Aufträge für das Schotterwerk genügend einkaufen, erwiderte der Vorsitzende, es seien sehr viel Bestellungen eingelaufen, die jedoch aus Mangel an elektrischem Strom nicht befreit werden konnten. G.-R. Dreiß fragte an, ob die Schwankungen der Lichtstärke bei der elektrischen Beleuchtung aus Erparnisgründen hergeleitet werden müßten. Auf Bejahung dieser Frage reagierte der Redner an, die elektrische und Wasserversorgung in den offenen Geschäften wieder wie in den letzten Jahren nur bis 6 Uhr zu gestatten. Nach längerer Erörterung dieser Frage wurde beschloßen, von jetzt ab bis 1. Dezember den Ladenschluß auf 6 Uhr festzulegen; im Dezember soll mit Rücksicht auf das Weihnachtsgeschäft der Ladenschluß bis 7 Uhr hinausgeschoben werden, von 1. Januar ab dagegen wieder auf 6 Uhr festgesetzt werden. — Anlässlich der Erörterung über die Herstellung und Vermietung einer städtischen Wohnung wies G.-R. Maier darauf hin, daß der Brauch, sog. Tapetengeld zu verlangen, nirgends als in Calw üblich sei; Nebengebühren sollten nicht erhoben werden. G.-R. Störz bemerkte, daß es bei Anmietung der Tapeten vielfach auch darauf ankomme, wie die Dessen funktionierten. Seien die Dessen schlecht, so können die Tapeten schon nach einem Jahr als abgenutzt gelten. Nach dem von Stadtschultheiß Göhner unter Berücksichtigung der hiesigen Verhältnisse ausgearbeiteten Entwurf von Mietverträgen ist je nach der Zeitdauer der Miete die Anrechnung von Tapetengeld zulässig. Wenn also ein Mieter nur kurze Zeit in einer neu tapezierten Wohnung wohnt, so hat er beim Auszug ein entsprechendes Tapetengeld zu bezahlen, und zwar in prozentualer Abminderung bis zu 10 Jahren. G.-R. Kircher meinte, er könne Fälle anführen, wo Familien innerhalb 10 Jahren 5 mal umgezogen seien. Man könne vom Vermieter nicht verlangen, daß er die Neuvermietung nach kurzer Vermietung immer wieder selber trage. Der Vorsitzende bemerkte, daß die Bestimmungen über das Tapetengeld in den Vertragsentwurf aufgenommen worden seien, weil die Wohnungspreise hier bisher sehr niedrig gewesen seien. G.-R. Störz wies darauf hin, daß über Mietsteigerungen von 40 bis 100 Proz. geklagt werde. Manchen Mietern sei innerhalb eines Jahres drei mal aufgeschlagen worden. Demgegenüber stelle G.-R. Kircher fest, daß die Calwer Hausbesitzer sehr her ihre Häuser infolge der niedrigen Mietpreise nur mit 2% bis 3 Proz. zu verzinsen vermöchten, während die Hausbesitzer Stuttgarts schon im Frieden 6 und 7 Proz. erhalten hätten. Wenn alles in so hohem Grade ausfalle, dann müsse man auch den Hausbesitzern einen Ausschlag zugestehen. Der Vorsitzende erklärte an der Frage, die Mieter bringen im allgemeinen einer Mietzinssteigerung Verständnis entgegen. Auf eine Anfrage des Amtsgerichts habe das Stadtschultheißenamt geantwortet, Steigerungen von 25 bis 30 Proz. seien im Hinblick auf die bisherigen niedrigen Mieten in Calw ortsüblich; es seien aber auch Fälle von Steigerungen um 100 Proz. vorgekommen. — Die Gewerbeschule weist einen Abmangel von 5618 Mk. für das Schuljahr 1918/19 auf; der Staat soll um den üblichen hälftigen Kostenbeitrag anagangen werden; die Frauenarbeitschule weist einen Abmangel von 2864 Mk. auf; bisher habe man 25 Proz. vom Staat

Stadtpflege auf eine
 Kohlenverein
 zwischen 10.30 und
 heim betragen, ab
 Der Preis würde
 In August 1917
 1918 344 M.
 292 M., aus
 seit 1917 eine Er
 habe man schon
 n. Der Mehrauf
 betrage bei einem
 24 000 M., dazu
 von 3000 M., eine
 30 M., sodaß ein
 000 M. entfehr.
 M) in Betrach
 werden. Es würde
 25 400 M., ent
 den Mehraufwand
 eis von der Stadt
 hauptsächlich an
 Es werde deshalb
 feurig pro Anst.
 Bei einem Jahres
 n also 27 000 M.
 wird demnach der
 n 1. Dezember ab
 54 Fennig, in
 bemerkte, die
 anderen Städten
 e r hielt die Er
 nig solle genügen,
 umpenholz für die
 de bemerkte, daß
 zur Vergütung be
 brenne. Auch sei
 meier komme auf
 Mehraufwendungen
 rldständig. G.
 dauernden Preis
 die Arbeiter zu
 N. Stauben
 h, man könne aber
 hältnisse und auf
 den die Erhöhung
 daß er anständig
 betrachten
 seien derart, daß
 n vermöge. Die
 allgemein sprachen
 die Erhöhung der
 einen Preissteige
 die Preise für
 ht werden. Auf
 Aufträge für das
 te der Rohstoffe,
 aufen, die jedw
 befriedigt werden
 n Schwankungen
 euchtung aus Er
 n. Auf Bejahung
 ektische und Was
 ieder wie in dem
 n. Nach längerer
 n, von jetzt ab bis
 r festzulegen, um
 Weihnachtsgeschä
 ben werden, von
 festgesetzt werden.
 Herstellung und
 erung wies G.
 sog. Tapetengeld
 blich sei; Neben
 G.-N. Störz
 eiten vielfach auf
 ionieren. Seit
 schon nach einem
 n Stadtgultst
 igen Verhältnis
 ragen ist je nach
 von Tapetengeld
 rze Zeit in einer
 er beim Auszug
 ten, und zwar in
 n. G.-N. Ritz
 n, wo Familien
 eiten. Man könne
 e Neutapezierer
 elber trage. Der
 ungen über das
 f aufgenommen
 hier bisher sehr
 wies darauf hin,
 100 Proz. gellat
 b eines Jahres
 gegenüber festz
 Haushefter sei
 tetpreise nur mit
 ten, während die
 n 6 und 7 Proz.
 hem Grade au
 stern einen An
 te zu der Frage
 r Mietzinssteige
 rge des Amts
 n geantwortet.
 im Hinblick auf
 w örtlich; es
 m 100 Proz. vor
 einen Abmangel
 auf; der Staat
 rtrag angegangen
 einen Abmangel
 Proz. vom Staat

erhalten. — Auf einen Antrag von G.-R. May soll jetzt, nachdem die neuen Mitglieder des Kollegiums Gelegenheit zur Verfolgung des Geschäftsgangs auf dem Rathaus erhalten haben, mit der Bildung der Verwaltungskommissionen begonnen werden, die es ermöglichen sollen, die Hauptstiftungen mehr von formalen Verwaltungsgeschäften zu entlasten. — Da das Ministerium im Interesse der Geschäftsvereinfachung bestimmt hat, daß Posteinlieferungscheine bis zum Betrage von 20 000 Mark als Quittierung anzusehen seien, so wurde auf Antrag der Stadtpflege beschlossen, von dieser Erlaubnis bis zum Betrage von 10 000 M. Gebrauch zu machen. — Auf eine Anfrage von G.-R. May, ob man den Junggesellen, die keine Kohlen erhalten, nicht ein geringes Quantum Koks geben könne, antwortete der Vorsteher, daß man nicht so viel Koks besitze, weil man ihn für eigenen Bedarf und Kinderbrennstoffe brauche, und zudem nicht mehr so viel Koks erzeuge, seit der Holzherbeischaffung, damit den Ansprüchen auf Heizmaterial Rechnung getragen werde, da leider noch viele Familien nicht mit Kohlen beliefert seien. — Ein Gesuch der städtischen Angestellten um Gewährung einer Besorgungszulage wurde nach einer Erörterung des Verfassenden zurückgestellt, da das Ministerium diesbezügliche Bestimmungen in Vorbereitung habe, nach denen man sich dann richten könne.

Die Begründung für das Versammlungsverbot.
 Im „Staatsanzeiger“ wird bekanntgegeben: Das Ministerium des Innern hat mit Ermächtigung des Staatsministeriums eine Verfügung erlassen, durch die Versammlungen unter freiem Himmel, Anzüge und ähnliche Kundgebungen bis auf weiteres verboten werden, während in der Zeit bis zum 20. November 1919 alle politischen Versammlungen, gleichviel, ob sie im Freien oder in geschlossenen Räumen stattfinden, spätestens 12 Stunden vor Beginn bei der zuständigen Behörde anzumelden sind. Wie wir hören, ist die Verfügung durch die in einem gestern verteilten Flugblatt der Kommunisten enthaltene Aufforderung zu „gewalttätigen Demonstrationen“ am 7. November veranlaßt. Für die politische Weise der Kommunisten ist es übrigens bezeichnend, daß sie am 7. November insbesondere die Aufhebung der Blockade über Rußland, den Abbruch der Beziehungen zu den weißen Gardes und zu den gegenrevolutionären Regierungen und die sofortige Aufnahme der Beziehungen zu Rußland fordern wollen.

Kommunistische Flugblätter.
 Die kommunistische Partei Württembergs verteilte in den Stuttgarter Betrieben einen Aufruf an die Arbeiterschaft, worin sie die Arbeiter auffordert, am 7. November zur Feier der russischen Revolution und zur Förderung der Weltrevolution die Arbeit niederzulegen und zu demonstrieren.

Zugverkehr.
 * Infolge einer Interpunktionsverschiebung wurde in der gestrigen Mitteilung über die neuen Fahrpläneänderungen der Zugverkehr Stuttgart—Calw nicht richtig angegeben. Der Zug Stuttgart ab 1.04 Am., Calw an 3.07 verkehrt nur an Samstagen, während der Zug Stuttgart ab 5.14 Am., Calw an 7.16 jeden Tag fährt.

Bestrafter Bucher.
 * Man schreibt uns: Eine Bauerfrau aus dem hiesigen Oberamtsbezirk wurde vom Schöffengericht wegen Buchers zu der Gefängnisstrafe von 1 Woche u. wegen Nichterfüllung ihrer Milchablieferungspflichten zu der Geldstrafe von 30 M. verurteilt. Sie hatte von einem Dienstmädchen aus Rottenfelsheim (H.), das von ihrer Herrschaft zum Hausfern ausgeschiedet worden war, für das Pfund Butter 20 M. verlangt. Das Mädchen hatte 10 M. gegeben, wofür ihr aber die Butter nicht überlassen worden ist. Die Frau hat den Preis schon mehrmals verlangt.

Erhöhung der Höchstpreise für Kuh- und Zuchtvieh.
 Durch eine Verfügung der Preisverorgungsstelle für Württemberg wird der bisherige Höchstpreis für Kuh- und Zuchtvieh von 130 M. für 51 Kilo Lebendgewicht um den aus dem Mehrerlös aus der Saat des Schilchviehs an den Viehhalter fallenden Anteil erhöht. Für die Zeit bis zum 14. November beträgt dieser bei sämtlichem Rindvieh mit Ausnahme der Kälber 18 M. für je 1 Zentner Lebendgewicht, bei Kälbern 25 M. Der Anteil an Mehrerlös wird von 4 zu 4 Wochen festgesetzt und bekannt gegeben.

Die freie Glasernung zu den neuen Preissteigerungen.
 Man schreibt uns: Die Freie Glasernung der Bezirke Nagold, Herrenberg, Calw und Neuenbürg hielt am

Städtische Lebensmittel-Fürsorge Calw.
 Am Samstag, den 8. ds. wird auf der Freibank Ruhlsteich verkauft das Pfund zu 1.60 M. und zwar an die Buchstaben N—R von vormittags 8—9 Uhr an S von 9—11 Uhr.

Die Urliste der Schöffen und Geschworenen
 ist von morgen, Samstag, den 8. November, bis einschließlich 14. November auf dem Rathaus, Zimmer Nr. 14, zur öffentlichen Einsicht aufgelegt. Einsprachen gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit derselben können innerhalb dieser Frist schriftlich oder zu Protokoll des Stadtschultheißenamts erhoben werden.

Ständiges Inserieren bringt Erfolg!
 Calw, den 7. November 1919.
 Stadtschultheißenamt Göhner.

Samstag, den 1. November im Gasthaus z. Schwänen in Nagold ihre Mitgliederversammlung ab. In derselben wurde über die unverhältnißmäßigen Preissteigerungen von Holz, Glas und Beschlägen, die vom 1. November ab 60 Prozent betragen, von allen Seiten Klage erhoben. Keiner von den Anwesenden war in der Lage, diese Minderpreise zu begründen und wie lange wird dieses unglückselige Geschäft noch betrieben werden? Wann wird wohl der Profitant der Fabrikanten und Händler Einhalt gebieten werden? Die Innung sah sich genötigt, die Preise für Glasarbeiten um 50 Proz. zu erhöhen.

Der Markkurs.
 Am Dienstag ist der Markkurs in der Schweiz infolge der Maßnahme, daß der Personenzugverkehr auf 10 Tage eingestellt wird, weiter gesunken. Die Reichsmark gilt nur noch 16 Centimes. Im Saargebiet wurde der Markkurs von der französischen Behörde auf 14 Centimes festgesetzt. In Saarbrücken haben französische Banken den französischen Franken um 3.48 Mark abgegeben (letzte Woche um 3.26 Mark.) — Auf diese Weise wird natürlich der wirtschaftliche Verkehr mit Deutschland unterbunden.

Die Aufhebung von Spielhöhlen in Stuttgart.
 SGB. Stuttgart, 5. Nov. In den letzten Monaten war die Kriminalpolizei mehrfach genötigt, gegen Personen einzuschreiten, die sich im Residenz-Café, Ecke Friedrich- und Kanzleistraße, und im Café Schützenfels, Rottebühlstraße 1 D, zu Glückspielen, insbesondere den Kartenspielen „Meine Lante“, „Deine Lante“, „Ballarat“ und „17 und 4“ versammelt hatten. Während früher bei derartigen Spielen die Einsätze verhältnismäßig gering waren, wurden neuerdings große Beträge umgelegt. Die Spielergesellschaften setzten sich hauptsächlich aus Leuten zusammen, die einer geordneten Beschäftigung nicht nachgehen und ihren Erwerb aus unerlaubten Handelsgeschäften ziehen. Es sind Fälle bekannt, in denen einzelne Spieler an einem Abend Tausende verloren und Familienspäher die letzte Mark verspielt haben, solange Frau und Kind zu Hause darboten. In einem der letzten Abende hat die Kriminalpolizei im Residenz-Café zwei gewerbsmäßige Glück- und Faltspieler, den 19-jährigen Kellner Hans Köllner und den 24-jährigen Händler Wilhelm Koch, beide aus Hannover, festgenommen und den Spielern einen größeren Gelddbetrag weggenommen. Außer „gezinkten“, d. h. in unauffälliger Weise gekennzeichneten Kartenpielen wurden bei den festgenommenen Schechs, die sie sich für die beim Faltspiel gewonnenen Summen ausstellen ließen, vorgefunden. Den Wirtschaftsinhabern bezw. ihren Geschäftsführern kann das Spielen nicht verborgen gewesen sein, zumal teilweise behauptet wird, die Wirte haben sich selbst am Spiel beteiligt und Schweigegeelder empfangen.

Die Bannwanger „Bauernrevolte“ vor der Strafkammer.
 SGB. Heilbronn, 6. Nov. Am 2. Januar ds. Js. kam es in Bannwang zu einer „Bauernrevolte“, die zu gewalttätigen Ausbrüchen führte. Der Oberamtmann, Regierungsrat Suffert, wurde abgesetzt und Rechtsanwalt Dr. Frisch mißhandelt. Die 22 häuerlichen Angeklagten entnahmen den Gemeinden Oberbrüden, Mittelbrüden, Unterweißach, Nellersbach, Härtenbach. Die Verhandlungen finden vor der Strafkammer hier statt, die Anklage vertritt Staatsanwalt Franz, Vorsitzender ist Landgerichtsrat Götz. Die Anklage beschuldigt sämtliche Angeklagte, sich an einer öffentlichen Zusammenrottung einer Menschenmenge beteiligt zu haben, die mit vereinten Kräften Gewalttätigkeiten beging, in dem sie in das Oberamtsgebäude und das Geschäftszimmer des Oberamtmanns eindrang und von diesem die schriftliche Erklärung erzwang, daß er sein Amt freiwillig niederlege, wobei der Rechtsanwalt Dr. Frisch, der sich für den Regierungsrat einsetzte, unter Mißhandlungen die Treppe hinuntergeworfen wurde.

SGB. Heilbronn, 6. Nov. Zuerst wurde das Mitglied des Soldatenrats der Rotenbüchlerkaserne in Stuttgart, Robert Krug, vernommen. Er will beauftragt worden sein, über die Stimmung der Bauern im Bannwanger Oberamt, die sich schon längere Zeit gegen den Oberamtsvorstand, Regierungsrat Suffert, richteten, Erhebungen anzustellen. Die Bauern waren tatsächlich mit dem Oberamtsvorstand unzufrieden. Die Schlichtung einiger Rührer habe besondere Erbitterung hervorgerufen. Er habe vom Arbeiter- und Soldatenrat Groß-Stuttgart die Vollmacht zur Absetzung des Regierungsrats Suffert erhalten. Mit dem Schultheißen von Oberbrüden besprach Krug wiederholt die Absetzung des Oberamtsvorstandes. Einmal schickte er auch einen Zettel, auf dem das Ausschließen der Bannwanger Versammlung bekannt gegeben wurde. Bei der Versam-

lung am 2. Januar wurde dann auch die Absetzung von Regierungsrat Suffert einstimmig beschlossen. Eine Abordnung unter seiner Führung eröffnete dies dem Oberamtmann. Er erklärte schließlich, daß er nur der Gewalt weiche. Die versammelte Menge nahm diese Botschaft mit Unruhe auf, es fielen die Zurufe: „Schmeißet ihn zum Fenster raus!“ Daraufhin erwiderte Suffert, daß er frei zu bleiben, Oberamtmann Baumann wurde dann als Oberamtsschreiber eingesetzt, was die Menge freudig begrüßte. Die weiteren Bemerkungen der verschiedenen Angeklagten zeigten alle das selbe Bild: Durch die Schlichtung der Rührer, bei denen allerdings Vergehen vorgekommen waren, steigerten sich die Bauern in eine Erbitterung gegen den Oberamtsvorstand hinein, die durch den Soldatenrat Krug dahin getrieben wurde, daß es unter seiner Führung zu den Vorgängen am 2. Januar kam. Rechtsanwalt Frisch, der am 2. Januar nach dem Vorüberziehen der Demonstranten zum Oberamtsgebäude geeilt war und dort beruhigend und beschwichtigend einwirken wollte, schilderte seine Erlebnisse, die damit endigten, daß er die Treppe hinabgeworfen wurde. Krug habe ihm geraten, nach Hause zu gehen, von Drohungen gegen Suffert hat dieser Zeuge nichts vernommen.

SGB. Stuttgart, 6. Nov. Die Einführung einer einheitlichen Durcharbeitszeit bewegt die städtischen und staatlchen Behörden schon längere Zeit, insbesondere seit dem die Kohlennot immer gefährlichere Formen angenommen hat. Am Mittwoch fand nun eine Besprechung aller interessierten Kreise statt, deren Ergebnis in einer demnächst erscheinenden Verfügung des Arbeitsministeriums niedergelegt sein wird. Die neue Arbeitszeit soll über die Landeshauptstadt hinaus, bis Plochingen und bis Vöeltingen reichen. Die Betriebe sollen 8.45 Uhr morgens mit der Arbeit beginnen und um 4 Uhr schließen, die kaufmännischen Geschäfte abends 5 Uhr. Die Schulzeit erstreckt sich von 8.30 Uhr vorm. bis 4.50 Uhr nachm. Voraussichtlich dürfte die neue Arbeitszeit am 1. Dezember eingeführt werden.

SGB. Stuttgart, 6. Nov. Die Stadtgemeinde hat seinerzeit das Hofgut Storzelt am Fuße des Hohentwiel's gekauft und, wie man hörte, anfangs keine guten Erfahrungen damit gemacht. Diese scheinen sich aber im Laufe des letzten Jahres gebessert zu haben, denn die Stadt war jetzt zum zweitenmal in der Lage, eine Gelegenheit zum Wiederverkauf auszunutzen. Diesmal wurden ihr nicht weniger als 800 000 Mark dafür geboten.

SGB. Mergentheim, 6. Nov. Ein entsetzlicher Unfall ereignete sich am Samstag abend auf dem Bahnhof in Vronnbad. Ein hier bedienstetes Mädchen stieg aus dem noch fahrenden Zug und geriet unter die Räder, die ihm beide Beine und einen Arm abbrückten. Notdürftig verbunden wurde es ins Hospital nach Weisheim gebracht, wo es in der Nacht seinen schrecklichen Verletzungen erlag.

(SGB.) Völlingen, 6. Nov. Eine von städtischen Arbeiterorganisations besuchte Vertreterkonferenz beschloß, den 9. November als „Befreiungstag vom alten Joch“ durch einen großen Demonstrationstag des „arbeitenden Volkes“ zu begehen.

SGB. Wehingen D.-A. Spaidingen, 6. Nov. In der Nacht wurden dem Schneidemeister Weiß aus seinen Lederräumen Heberzieher, fertige Kleider und Tuchballen im Wert von 6—7000 Mark gekohlen. Man vermutet, daß der Diebstahl von einer Bande ausgeführt wurde, die den Weg ins Haus durch ein eingedrücktcs hinteres Fenster nahm.

Kirchliche Nachrichten.
 Evangelische Gottesdienste.
 21. Sonntag nach Trinit., 9. November. Vom Turm 16. Predigtlich: 419 „Rüffet euch“. 9½ Uhr: Vorm.-Predigt Delan Keller. 1 Uhr: Christenlehre mit den Töchtern des älteren Jahrgangs. 8 Uhr: Abendpredigt im Vereinshaus, Stadtschreiber Schmidt. Donnerstag, 13. Nov.: 8 Uhr abends im Vereinshaus Bibelstunde Stadtschreiber Schmidt.
 Kath. Gottesdienste.
 Sonntag, 9. Nov.: 8 Uhr: Frühmesse mit Homilie, ½10 Uhr: Predigt und Amt, ½2 Uhr nachm.: Christenlehre, 2 Uhr: Andacht. Montag 8 Uhr: Gottesdienst in Liebenzell, Mittwoch 8 Uhr: Gottesdienst in Wilsberg.
 Gottesdienste der Methodistenkapelle.
 Sonntag Morgen ½10 Uhr und Abends 5 Uhr: Predigt. Sonntag Morgen 11 Uhr: Sonntagsschule. Mittwoch Abends 8 Uhr: Bibelstunde.
 Druck und Verlag der A. Böhslager'schen Buchdruckerei, Calw. Für die Schriftl. verantwortlich: Otto Sellmann, Calw.

Stadtgemeinde Calw.
Bekanntmachung.
 Der Gemeinderat hat sich in Anbetracht der herrschenden Kohlennot veranlaßt gesehen,
 mit sofortiger Wirkung
und auf die Dauer bis 30. November 1919
 zu bestimmen, daß
 sämtliche offenen Ladengeschäfte
bei Gefahr des Strom- und Gas-Entzugs
ihre Läden um 6 Uhr abends zu schließen haben.
 Am Interesse einer einheitlichen Durchführung dieser Bestimmung wird ihre pünktlichste Befolgung erwartet.
 Auch die übrige Einwohnererschaft wird um
größtmögliche Licht- und Kraft-
Ersparnis gebeten.
 Calw, den 7. November 1919.
 Stadtschultheißenamt: Göhner.

Alzenberg, den 5. November 1919.
Todes-Anzeige.
 Tiefbetrabt geben wir Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß mein innigst geliebter, guter Gatte, unser lieber guter Bruder, Sch. wager und Onkel

Ronrad Hefelschwerdt
 nach nur kurzem Eheglück im Alter von 30 Jahren von seinem schweren Leiden erlöst wurde.
 In diesem Leid:
 die Gattin: Christine Hefelschwerdt, geb. Frid, die Geschwister: Barbara, Christine, Johannes und Friedrich.
 Beerdigung findet Samstag Mittag 2 Uhr in Alzenberg statt.

Bad. Hof. Samstag, den 8. Nov. 1919, im großen, geheizten Saal:

Literarischer Abend, Johanna Nambusch

Vortrag eigener Dichtungen in Vers u. Prosa in Verbindung mit musikalisch. Darbietungen

unter freundlicher Mitwirkung von
 Frä. Luise Stüber (Gesang) und den Herren Rektor Beutel, K. Beißer, O. Pfau und G. Wagner jr. (Quartett), a. Flügel Herr Handelslehrer Kaufmann.

Aus dem Programm
 Liebesgedichte („Von den singenden Brunnen des Lebens“)
 Prosa-Skizzen („Aus dem Wunderland der suchenden Seele“).
 Ave Maria (Dichtung in vier Bildern)
 Vermischte Gedichte — Gesangslied — Streichquartett.

Beginn 7/8 Uhr. — Eintritt Mk. 1.50
 Vorverkauf durch die Buchhandlung Paul O. Spp.

NB. Die Bücher von Johanna Nambusch sind in jeder gutgeleiteten Buchhandlung erhältlich.

Calw.
 Zur Einlage in Gartenwege pp empfehlen wir
Kalksteingrus
 aus dem städt. Schotterwerk. Bestellungen sind an das Stadtbauamt (Tel. 168) zu richten.
 Den 6. November 1919. Stadtpflege: Frey.

Ältere Personen und Kinder
 können leichte Heimarbeit bekommen,
 auch nach auswärts,
 in der Westenfabrik.

Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen
 werden angenommen
 Omnibus Hakenfabrik „Original“, Hirsau,
 (Schweinbachtal).

Forstamt Hirsau.
Reißig- u. Laubstreu-Verkauf.
 Am Montag, den 10. Nov. vorm. 11 Uhr werden im „Schwanen“ in Hirsau aus Löhnhardt Abt. Hößfeld 10 Reisschläge (schwächere Stangen enthaltend) sowie die Laubstreuen von den Wegen in den Staatswaldungen verkauft.

Gaswasser
 ist unentgeltlich zu haben im
 Städt. Gaswerk Calw.
 Zur Baumspflege empfiehlt:
 Ebenarius-Baumspriemittel
 Insektensanggürtel
 Raupenleim u. Vespapier
 Baumwachs (kalklöslich)
 Naßabast
 R. Hauber.

Mehrere Raummeter Brennholz
 (auch Stockholz)
 sofort zu kaufen gesucht.
 Omnibus Hakenfabrik „Original“, Hirsau
 (Schweinbachtal).

Christbäume.
 Nur schöne Ware kauft jedes Quantum auf Stock oder gehauen und erliche die verehrl. Gemeinden und Private um sofortige Angebote betreffs baldiger Befichtigung.
 Gg. Pfetsch, Ulm a. D.,
 Walfischgasse 11.

Neue Fahrpläne
 für den Bezirk Calw
 das Stück 20 Pfg. sind in der Geschäftsstelle des Blatt. zu haben.

Ehrliches, ordentliches
Mädchen
 sofort gesucht.
 Ristowski,
 Ritterdrogerie Calw.

Jüngeres Mädchen
 für einige Stunden vormittags gesucht.
 Frau E. Eitte,
 Hermannstraße 668.

Evang.
Mädchen
 von 14-16 Jahren für sofort nach Calw zu kleiner Familie gesucht. Familienanschluß, gute Behandlung.
 Näheres bei der Geschäftsstelle des Blattes.

Jüngeren, tüchtigen
Schneidergehilfen
 für sofort gesucht.
 Sebelmayer, Schneidermester,
 Lederstr. 168.

Ein Schrankkasten
 mit Rolladen, für Photographen geeignet, ist zu verkaufen.
 Wo sagt die Geschäftsst. d. Bls.

Einfach
Rauchkasten
 für Metzgereien u. Haus-schlachtungen geeignet, wertvoll z. Aufbewahren der Fleischwaren; kein Schwitzen, kein Anlaufen derselben, in schwarz und verzinkt lieferbar.
 Gollb
Dampf-Wasch-Maschinen
 empfiehlt
Carl Dongus,
 Deckenspross.
 Unverwundlich

Die verehrlichen Mitglieder des staatlichen Pensionär-Bereins
 versammeln sich am
 Sonntag, den 9. November, nachmittags 2 Uhr
 im Gasthaus zum „Schwanen“ in Calw.
 Vollständiges Erscheinen erwünscht.
 Die Vorstandschaft.

Hirsau. Hotel „Hirsch und Lamm“ (Wils. Döbel).
 Sonntag, den 9. November, von nachmittags 3 Uhr ab
 große öffentliche
Tanz-Unterhaltung
 Moderne Tänze, Rund- u. Gesellschaftstänze. Auf Wunsch Forcett.
 Keine Freitour. Jedermann willkommen.

Alzenberg.
 Anlässlich einer „Fünfundzwanziger-Feier“ findet im Gasthaus zum „Röble“ am Sonntag, den 9. November
 große
Tanz-Unterhaltung
 statt, wozu freundlichst einladen mehrere Altersgenossen.

Sonnenhardt.
 Am kommenden Sonntag, im Gasthof zum „Hirsch“
Tanz-Unterhaltung
 Mehrere Kameraden.

Ortsgruppe Oberreichenbach.
 Im Gasthaus zum „Löwen“ findet am Sonntag, den 9. November
Tanz-Unterhaltung
 statt, wozu höflichst einladet die Ortsgruppe.

Bad Liebenzell. Gasthof zum „Waldhorn“.
 Am Sonntag, den 9. November findet
 große
Hunde-Schau
 statt, wozu Jedermann freundlichst eingeladen wird.
 Anfang 2 Uhr. Mehrere Hundefreunde.

Von morgen ab ist
Pferdefleisch
 zu haben das Pfund
 Mk. 1.50 bei Metzger
 Gackenheimer, Hirsau.

Wo kann alleinstehende Frau mit 2 erwachsenen Kindern für 2-3 Monate
möbliert. Wohnung erhalten?
 Gest. Angebote unter E. 400 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Junges Ehepaar sucht für sofort kleine
2 Zimmer-Wohnung
 Gest. Angebote unter M. 5, an die Geschäftsstelle des Blattes erbeten.

Kleine
Wohnung.
 samt Zubehör in gutem Hause ist an alleinstehende Person auf 1. Dezember zu vermieten.
 Schriftliche Angeb. unter X 50 an die Geschäftsstelle des Blattes erbeten.

Eine bereits noch neue, eiserne
Kinderbettstelle
 samt Matratze ist zu verkaufen.
 Wo, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Althengstett.
 Eine gute
Mug- u. Schaff-Ruh
 samt Kalb verkauft
 Christian Raz.

Unterreichenbach.
 Unterzeichneter verkauft 6 Stück 1-, 2- und 3 jährige
Leghühner
 samt Hahn wegen Futtermangel. Dieselben können am Sonntag angesehen werden.
 Karl Hammer.

Einige junge
Hühner,
 19er Brut, zu verkaufen.
 Lederstraße 176 l.
 Ebenfalls sind dort mehrere hundert
Effigurken
 abgegeben

Spezhardt.
 Verkauft einen Wurf reine
Milchschweine
 Christian Weinmann.

Liebenzell.
 Eine schwere
Schaff-Ruh,
 sowie eine ältere
Milch-Ruh
 setzen dem Verkauf aus
 Gebr. Emendörfer, z. Döfen

1 Pferd,
 achtfährig, Braunfute, auch zur Zucht geeignet, sowie eine 20 Wochen trüchtige

Kalbin
 setzt wegen Entbehrlichkeit dem Verkauf aus.
 Elias Luz, ob. Mühle, Naislach.

Dresdner Bank
 Aktienkapital und Reserven
 M 34.0 Millionen
Stuttgart Cannstatt
 Heilbronn Ulm

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte von Stadt und Land zu unserer am Samstag, den 8. und Sonntag, den 9. November stattfindenden
Hochzeits-Feier
 in unser elterliches Haus in Calw
 freundlichst einzuladen.
 Karl Scheuerle,
 Metzgermeister und Wirt, Calw.
 Mina Weiß,
 Althengstett.
 Trauung um 1 Uhr.

Althengstett.
 Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 8. November 1919 stattfindenden
Hochzeits-Feier
 in das Gasthaus zum „Röble“ hier freundlichst einzuladen.
 Heinrich Charrier,
 Sohn des Johann Jakob Charrier, Bauer, hier.
 Elise Nagasse,
 Tochter der + Katharine Baral, geb. Nagasse, hier.
 Kirchgang 12 Uhr.

Ein gutes Rezept
 zur Herstellung eines vorzüglich schmeckenden Hausgetränks
 ist folgendes:
 Man nehme zu 150 Liter 40-80 Pfund Äpfel oder Birnen, 1 Flasche Mostansatz mit Heidelbeerzusatz und mit Süßstoff, 2-4 Pfund Zucker, 40 g Pilsbier.
 — Genaue Anweisung liegt den Flaschen bei. —
Ein Versuch überzeugt. Glänzende Anerkennungen.
 Ruf's Kunstmostansatz mit Heidelbeerzusatz und mit Süßstoff kostet die Flasche zu 100 Liter Mk. 17.—
 Ruf's Kunstmostansatz mit Heidelbeerzusatz und mit Süßstoff kostet die Flasche zu 50 Liter Mk. 9.—
 Alleiniger Hersteller:
Robert Ruf, Heidelberg-Verbandshaus, Ettlingen.
 Wöflingen, 23. August 1919.
 Werter Herr Ruf!
 Habe schon zweimal von Ihnen Kunstmostansatz bezogen für mich und meinen Nachbar; derselbe hat uns sehr gut gefallen. Habe dieses Jahr wenig Obst, möchte es daher mit Kunstmostansatz strecken. Senden Sie mir daher so schnell als möglich wieder 3 Flaschen Heidelbeer-Kunstmostansatz mit Süßstoff.
 gez.: Christine Schäfer.

Bestellungen auf Getreide-Preßstroh
 demnächst eintreffend, nimmt entgegen
 Otto Jung,
 Landesprodukte.
Frish gebrannten Kaffee
 empfiehlt
 S. Häußler, Konditorei,
 Bahnhofstraße.
 Zu verkaufen guterhaltener schön
Luch-Neberzieher
 und verschiedene schön.
Herrenkleider
 Frau Luz, unt. Marktstr. 76 II.
 Zu verkaufen ein guter
Kochofen
 mit Rohr
 Rich. Schwämmle, Schlosserei,
 Teinach.
Unkraut samen
 (Laubenfutter)
 wird gekauft und gut bezahlt.
 Lederstraße 151.